

# Zurück Lohnabbau bei den Buchdruckern

Der Schiedsspruch vom 2. Februar, der eine Herabsetzung des Tariflohnes um rund 6 Prozent vorsah, ist am 14. Februar vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Damit ist eine von den Führern des Buchdruckerverbandes verbreitete Illusion zerstört. Sie hatten bei der Verlängerung des alten Tarifes um einige Wochen, bis zum 14. Februar, behauptet: Seht, wir Buchdrucker sind die einzigen, die des Lohnabbau verweigert haben. Dabei müßte diesen durchtriebenern Leuten doch selbst klar sein, daß es sich dabei nur darum handelte, einen künstlichen Zeitpunkt für die Durchführung des Lohnabbau zu wählen.

Der Kapitalismus, der aus seinem Dauerkrisenzustand nicht herauskommt, kennt im Kampf um die Aufrechterhaltung des Systems keine „unethischen“ Bedenken. Es ist Heuchelei, wenn der „Korr.“ über Unrecht klagt und die Maßnahmen der Schlichtungsinstanzen einen Irrweg nennt. Sie wissen es selbst besser. Der Kapitalismus als Wirtschaftsordnung steht vor seinem Untergang. Die Arbeiterschaft hat von ihm nichts anderes zu erwarten als immer weiteren Versinken in die Barbarei. Da gibt es keine Rücksicht gegenüber den besseren Arbeitergruppen, zu denen sich die Buchdrucker rechnen. Sie werden nicht als Ausnahme behandelt.

Am 18. Februar schreibt der „Korrespondent für Deutschland Buchdrucker“: „Die Verbindlichkeitsklärung macht den Inhalt des Schiedsspruchs für die Tarifparteien zu einem Zwangstarif mit weitestgehenden schuldrechtlichen Verpflichtungen der dagegen verstößenden Tarifparteien. Das hat zur Folge, daß die vertragschließenden Organisationen gesetzlich verpflichtet sind, ihre Organe und ihre Mitglieder durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Befolgung der tarifvertraglichen Verpflichtungen anzuhalten und im Falle der Zuwiderhandlung für die Wiederherstellung des Friedensstandes Sorge zu tragen. Diese Rechtsverhältnisse machen es unseren Organisationen leider unmöglich, die Verbindlichkeitsklärung trotz ihrer sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten durch gewerkschaftliche Maßnahmen wirkungslos zu machen.“

Deutlicher kann es doch nicht ausgesprochen werden. Es ist die gesetzliche Aufgabe der Gewerkschaft, ihr des Buchdruckerverbandes, den Lohnabbau durchzuführen. Sie sind sich dessen bewußt, die Herren Gewerkschaftsführer, und sind ehrlich bemüht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Daß sie das mit widerlicher Reden über soziale Ungerechtigkeit und unter Protest tun, das gerade gehört mit zur Erfüllung dieser Aufgabe. Denn nur so ist es möglich, jeden Widerstand und die Erregung der Arbeiter unwirksam zu machen und in macht- und nutzlose Entrüstung über Unrecht zu versetzen.

Interessant ist auch folgende Stelle in der gleichen Nummer des „Korr.“: „Das tarifliche Kampfmittel auf diesem Wege zu vermeiden, ist gesetzlich bedingt. Es dürfte aber zu erwarten sein, daß es nicht an Unternehmern fehlt, die nach sachlicher Aussprache mehr Verständnis für die von dem unehrer Arbeitslosen betroffenen Arbeiter haben, als die von anderen Unternehmern betriebene bestialische Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins.“

Kampfmittel sind zu vermeiden, aber es gibt noch mitleid- und verständnisvolle Unternehmer. Diese sind die letzte Hoffnung der Gewerkschaften. Es gehören gut disziplinierte Gewerkschaftler dazu, wie es die Buchdrucker sind, die sich mit solchen Hoffnungen veröhnen lassen. Denn die Zustände, die der eine oder andere Unternehmer gemacht hat, indem er vom Lohnabbau abstand oder die Befolgung für den Lohnabbau einige Einstellungen vornahm, und der Stützung der Brüning'schen Industrieregierung durch die Sozialdemokratie. Heute können die Redakteure der Sozialdemokratie und die Monarchisten und Junker schon ihre Arbeit austauschen, ohne daß es die Leser merken. Nur die Liebesschriften erfindet jede Redaktion selbst. Die eine schreibt Reportage aus dem Arbeiterleben, die andere kann diese Arbeit betreiben Reportage aus einem feudalen Herrenzuhause. Da die Leser doch verschieden sind, können Zwecke Rationalisierung der Betriebe sehr gut zusammengestellt und nur eine Zeitung gedruckt werden, die für die Proleten (für jene, die nicht alle werden) kann ihren Namen beibehalten und die von gleichen Fleischen und Häubertzen und die Nöskelute. Ein Odium fällt von ihnen:

Wir sind gewärtig jeden Winks, wir sind gewitzt und tüchtig. Wir schreiben recht, wir schreiben links, und manchmal sogar richtig.

**Aus der Wirtschaft**  
**Die internationale Kapitaloffensive**  
Das Kapital greift nicht nur in Deutschland, sondern in allen anderen kapitalistischen Staaten ebenfalls den Lebensstandard der Arbeiterklasse an. Neben überall steigenden Arbeitslosenzahlen lautet das Motto: Lohnabbau. Der durch die internationale Krise verschärfte Kampf um die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zwingt das Kapital der einzelnen Länder dazu.

# Frankfurt a. M.

Wie überall, so stand auch Frankfurt a. M. unter dem kleinen Belagerungsstand. Aber wie bereits schon in anderen Städten, so hat man auch hier wieder den kleinen Belagerungsstand aufgehoben.

Die Allgemeine Arbeiter-Union nutzte diese Situation aus. Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel wurde einberufen. Trotz nicht größtenteils vorbereiteter Vorbereitung etwa 150-200 Erwerbslose unserer Rufe, die sich vor das Wohlfahrtsamt Frankfurt a. M.-West begaben. Ein starkes Aufgebot der Staatsgewalt „belegte“ die Kundgebung.

Zwei unserer Genossen sprachen zu den Proletariaten und zeigten die heutige Situation auf. Fünf Millionen Erwerbslose in Deutschland, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht mehr in den Produktionsapparat einreihen kann. Während die Ausbeuter auf dem Rücken des Proletariats in Überfluß leben, haben fünf Millionen Proletariaten innerhalb dieser glorreichen Republik das „Recht“, im Namen dieser „Ordnung“ zu verhungern. Die parlamentarischen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften, als die stärksten Säulen dieser verfallenden Gesellschaftsordnung, können den Massen keinen positiven Ausweg weisen. Das Proletariat muß die Erkenntnis gewinnen, daß nur die soziale Revolution des Proletariats einen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos bietet. Zu dieser Aufgabe gilt es zu rufen, indem auf den Stamptischen und in den Betrieben die Klassenfront durch die Bildung von Betriebsorganisationen errichtet wird. Erst dann wird das Proletariat die Kraft finden, seine geschichtliche Aufgabe lösen zu können. In diesem Sinne gilt es unermüdet zu arbeiten, um den Lebensweg des Proletariats abzukürzen.

Diese öffentliche Kundgebung war der Auftakt; zeigte sie doch, daß der Erfolg bei einer intensiven Arbeit nicht ausbleiben wird.

**Organisatorische Mitteilungen**  
**Reich**  
**Rheinland-Westfalen**  
Am 22. März 1931 findet eine kombinierte Bezirkskonferenz der Kommunistischen Arbeiter-Partei und der Allg. Arbeiter-Union statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Politische Lage,  
2. Organisatorisches,  
3. Geschäfts- und Kassenbericht,  
4. Berichte aus den Ortsgruppen,  
5. Presse (Anträge),  
6. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß alle Gruppen vertreten sind. Ort, Lokal und Zeit wird noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

**Groß-Berlin**  
**Achtung!**  
Die Kassarevision findet am Mittwoch, den 4. März 1931, (nicht wie sonst Donnerstag), abends 7.30 Uhr an bekannter Stelle statt.

Hand einer gründlichen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise ist ihres bewegenden Prinzip, der Produktion für den Markt, wurde jedem Proletariat zum Bewußtsein gebracht, daß die Ursache der Krise zu suchen ist in den Widersprüchen des kapitalistischen Systems zwischen Produktion und Absatz. Der immer mehr schwindende Absatzmarkt im internationalen Maßstab ist das bewegende Element der Krise. Davon leitet gerade Zeugnis ab, daß die jetzige Krise eine Weltkrise ist. Ausgerollt wurde mit der Theorie von SPD und Gewerkschaften, daß der organisierte Kapitalismus die Planlosigkeit in der Wirtschaft aufhebt, vielmehr zeigt, daß der organisierte Kapitalismus zu ungenutztem Kapital in Trusts, Syndikaten, Kartelle — die Widersprüche im Kapitalismus nicht aufheben konnte noch kann.

Die Auswirkungen der Krise für die proletarischen Massen sind steigende Massenlosigkeit, Lohnabbau und Abbruch der Sozialpolitik. Mit der Wirtschaftskrise geht parallel die politische Krise. Die Bourgeoisie durchlurcht mehr und mehr die Demokratie. Die Faschisierung der Republik steht auf der Tagesordnung. Ausschaltung des parlamentarischen Systems; Anwendung des § 48 der Verfassung; Kurz: Durch die Verschärfung der Klassengegensätze tritt die unvermeidliche Diktatur der Bourgeoisie gegen das Proletariat in Erscheinung.

Für die proletarische Klasse ist diesem Chaos nur eine Rettung: Sturz des kapitalistischen Systems durch die soziale Revolution. Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Für diese Aufgabe des Proletariats gilt es die ideellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Das organisatorische Fundament der proletarischen Bewegung muß neu gelegt werden.

Die Rolle der SPD und Gewerkschaften wurde einer ausführlichen Kritik unterzogen. Die demagogischen Phrasen der SPD und Gewerkschaften, daß ihre heutige Politik im Interesse des Proletariats liegt, wurde durch praktische Beispiele gründlich zerlegt. Wenn die SPD, dreimal die Brüning-Regierung gerettet hat, mit der Motivierung des „kleineren Übels“, so nicht im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse der Erhaltung der Breitenfront, im Interesse der Erhaltung ihrer Privilegien im kapitalistischen Staat. Schändend wurde vom Referenten gezeigt, daß auch die Präsidentschaft die Politik der Brüning-Regierung durchlurcht mit der Projektion des Proletariats in den letzten Klammern des Proletariats durch Lohnabbau, Abbau der Arbeitslosenunterstützungssätze und Steuern. Im Zusammenhang damit wurde gezeigt die prinzipielle Bereitschaft der Gewerkschaften für den Lohnabbau, die den Proletariats in den letzten Klammern der Arbeiter (Streik der Mansfelder Kumpels, Berliner Metallarbeiterstreik, Ruhrstreik). Am Hand all dieser Dinge wurde gezeigt der Bankrott des Reformismus, die Verbindlichkeit von SPD und Gewerkschaften im kapitalistischen System und Staat, daß sie eben heute nur ein Prinzip kennen: die Erhaltung dieses bankrotten Systems und das Opfer der Interessen der Arbeiterklasse für dasselbe.

Da SPD und Gewerkschaften längst überholte Organisationen für den Bekämpfung der Arbeiter sind, muß sich das Proletariat neue Waffen für seinen Kampf schaffen. Den veränderten Verhältnissen muß das Proletariat Rechnung tragen. In der moskopolitischen Epoche des Kapitalismus steht die Zerschlagung des proletarischen Bevormundungsapparates auf der Tagesordnung. In den Betrieben und Stempelstellen muß die Klassenfront des Proletariats errichtet werden — durch die Bildung von Betriebsorganisationen, Zusammenschluß zur Allgemeinen Arbeiter-Union, ohne Unterschied des Berufes, wo die Arbeiter selbst ihre Geschicke meistern; denn die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Diese Organisation der Arbeiter, ermöglichte von bürglichen Staat und seiner Gesetzlichkeit, gewährleistet das Kampfen der Arbeiter entsprechend den Erfordernissen der Situationen für das Proletariat.

Im Zusammenhang damit wurde die Bildung von „roten“ Gewerkschaften durch die KPD, unter die kritische Lupe genommen und den Proletariaten gezeigt, daß mit der Bildung von neuen Bevormundungsapparaten kein Fortschritt erzielt ist, sondern daß die KPD nicht befreit will noch kann, daß mit der Unterwerfung aller Werte auch eine Umwertung der proletarischen Klassenbewegung die Situation erfordert. Die Praxis der KPD, als Maßstab genommen (z. B. Berliner Metallarbeiterstreik) zeigt, daß die „roten“ Gewerkschaften sich in ihrem Wesen nicht von den feigen Gewerkschaften unterscheiden, sondern nur in der radikaleren Phrase, daß sie faktisch radikaler Gewerkschaftsersatz sind.

Die Versammlungen haben gezeigt, daß die Loslösung der Bewegung von der Ideologie der alten Arbeiterbewegung ein schwerer Prozeß ist. Noch sind die Traditionen der gewerkschaftlich-parlamentarischen Arbeiterbewegung in den Köpfen der Proletariats relativ stark vorhanden. Der Boden ist hart und steinig. Aber bei einer systematischen und zielbewußten Arbeit ist der Erfolg für die kommunistische Arbeiterbewegung verbürgt.

**Frankfurt a. M.**  
Wie überall, so stand auch Frankfurt a. M. unter dem kleinen Belagerungsstand. Aber wie bereits schon in anderen Städten, so hat man auch hier wieder den kleinen Belagerungsstand aufgehoben.

Die Allgemeine Arbeiter-Union nutzte diese Situation aus. Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel wurde einberufen. Trotz nicht größtenteils vorbereiteter Vorbereitung etwa 150-200 Erwerbslose unserer Rufe, die sich vor das Wohlfahrtsamt Frankfurt a. M.-West begaben. Ein starkes Aufgebot der Staatsgewalt „belegte“ die Kundgebung.

Zwei unserer Genossen sprachen zu den Proletariaten und zeigten die heutige Situation auf. Fünf Millionen Erwerbslose in Deutschland, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht mehr in den Produktionsapparat einreihen kann. Während die Ausbeuter auf dem Rücken des Proletariats in Überfluß leben, haben fünf Millionen Proletariaten innerhalb dieser glorreichen Republik das „Recht“, im Namen dieser „Ordnung“ zu verhungern. Die parlamentarischen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften, als die stärksten Säulen dieser verfallenden Gesellschaftsordnung, können den Massen keinen positiven Ausweg weisen. Das Proletariat muß die Erkenntnis gewinnen, daß nur die soziale Revolution des Proletariats einen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos bietet. Zu dieser Aufgabe gilt es zu rufen, indem auf den Stamptischen und in den Betrieben die Klassenfront durch die Bildung von Betriebsorganisationen errichtet wird. Erst dann wird das Proletariat die Kraft finden, seine geschichtliche Aufgabe lösen zu können. In diesem Sinne gilt es unermüdet zu arbeiten, um den Lebensweg des Proletariats abzukürzen.

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, März 1931.

Alle Zahlungen an Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantower Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,68 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

# Der Schupo zweites Angebot Die Hindenburgbürger

Am Sonntag, den 22. Februar 1931, marschierte das Reichsbanner mit Höring an der Spitze im Lustgarten auf. Der Sinn des Aufmarsches war, der Bourgeoisie zu zeigen, daß das Reichsbanner in den letzten Monaten sich in der Schupo eine militärische Organisation geschaffen habe, mit deren Hilfe sie in einem kommenden Bürgerkrieg neben den SA-Formationen der Nationalsozialisten siegreich in Konkurrenz treten könne. Die Demonstration stand im Zeichen der Verbrüderung mit der preussischen Schutzpolizei. Stolz schreibt der „Vorwärts“: „Der Polizeipräsident mit uns“. Grzesinsky hatte nämlich sowohl den Aufmarsch der Kommunisten, welcher als ein Frontaufmarsch gegen den Faschismus gedacht war, als auch die Gegenemonstration der Nationalsozialisten verboten, so daß sich nur ganz waschechte Republikaner als Verteidiger der Republik zeigen durften. Parteivorstand und Polizeipräsident hatten so gemeinsam dafür gesorgt, daß nicht revolutionäre Arbeiter den Trauerzug des Reichsbanners beiläufigen. Es hätte sich sonst offen gezeigt, daß die Front gegen den Faschismus keine einheitliche Front ist und daß revolutionäre Arbeiter nichts mit der Einheitsfront, Schupo und Reichsbanner zu tun haben. Diese Verbrüderungsszene zeigte ganz klar, daß das Reichsbanner nur eine Prätorianergarde für die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bonzokratie ist. Es ist geradezu typisch, daß nicht die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aus sich heraus eine Kampfgruppe gebildet haben, sondern daß der Kampf gegen den Faschismus dem politisch „neutralen“ Reichsbanner überlassen wurde, dem Reichsbanner, welches in sich Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten, also die sogenannte Weimarer Koalition vereinigt. Diese Truppe ist besser gerüstet gegen eine revolutionäre marxistische Praxis als die Partei und die Gewerkschaften, in denen noch „Ankänge und Anlehnungen an den Marxismus“ vorhanden sind. Es ist auch nicht zu befürchten, daß hier aus einem wirtschaftlichen Streit heraus ein Anschluß an einen politischen Aufstand erfolgen würde. Bewußt ist jede Verbindung mit dem Betrieb und den Massen abgeschnitten. Die Gruppe ist lediglich auf die Republik verriegelt und unterliegt einem militärischen Kommando; bei dem sie der Schupo und dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten unterstellt ist. Nicht umsonst wirbt der „Vorwärts“ um Popularität für den Polizeipräsidenten und für die Schupo als Säule des Staates, die es zu verteidigen gilt, weil die Schupo nicht mehr ganz zuverlässig erscheint. Wenn es sich um Kampf gegen die Nationalsozialisten und die rechtsstehenden Formationen handelt, müßte eine militärische Organisation geschaffen werden, die die zweifelhafte Elemente stützt und eine besondere Leibgarde darstellt für diejenigen, deren Köpfe rollen sollten. Höring verkündete, daß er 160 000 Mann bereits ausgebildet habe und daß in der nächsten Zeit weitere 100 000 Mann ausgebildet würden. Man sah den Reichsbannerleuten die mangelhafte Schnellausbildung sehr gut an. Sie sahen wie frisch eingepumpte Rekruten aus. Ihr Kampfwert war offensichtlich gering. Es genügt aber den Republikanern die republikanische Fassade dieser militärischen Embrios. Der Zweck der Übung, den Nationalsozialisten zu imponieren, wurde keineswegs erreicht. Die nationalsozialistischen Zeitungen machten sich über die Reichsjammergestalten sehr lustig.

Also die Gewerkschaftsführer, — die „freien“ und unreinen — sind bei dem Stahlheimervorsitzenden und Reichspräsidenten Hindenburg gewesen. Der „Vorwärts“ erzählte spottend, was sie dort getan: von der Not der Arbeiter, dem Lohnabbau, der Arbeitslosigkeit usw. — jammerten sie. — Wir sprechen — die Familienangehörigen dazu gerechnet — im Auftrage von zehn Millionen des schaffenden Volkes“ fügten sie hinzu. Hindenburg soll einige Male genickt haben, und dann hat er zum Schluß sogar etwas gesagt, meldet der „Vorwärts“ gewichtig. „Er hat einiges vernommen, was ihm des Nachdenkens wert scheint!“ Dann sind die Gewerkschaftsführer wieder gegangen. Die „Aktion“ war beendet.

Diese lächerliche Geste hat den Zweck, rettungslos verblödeten Gewerkschaftscharakter zu suggerieren, daß selbst dieses Affentier noch so etwas wie ein Protest sein soll. Daß die vollgefressenen Dozenten „dem Alten“ auf die Bude gerückt seien, usw. Auf ganz primitive Vorstellungen ist der Dreh zugeschritten. Aber die wirkliche Absicht, die politische Bedeutung liegt auf einem ganz anderen Gebiet.

Die Burschen sind durch die Entwicklung der Verhältnisse zu bedingungslos Ja-Sagern gegenüber der kapitalistischen Hungeroffensive herabgesunken. Zu jedem Lohnabbau nicken die gemästeten Pensionäre der Republik mit den hohlen Köpfen. Gegen jeden Mißtrauensantrag im Parlament heben sie den Finger hoch; das ist ihr „Kampf“ gegen den Faschismus. Höring bildete aus Budikern und sonstigen wildgewordenen Spießbürgern, und aus toten Proleten, deren Ideal, deutscher Offiziersoffizier zu werden, um so als Knecht auf ihre Rechnung zu kommen, in der offiziellen Schupo und Reichswehr keinen Boden mehr findet, die „Schupo“, um seinem Parteifreund Severing zu Hilfe zu kommen, wenn es nicht mehr schaffen sollte. Kurzum: Was die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften jetzt und in Zukunft „befürworten“, kann nur ein Prolet noch schlucken, der selbst einmal auf dieser Laufbahn etwas zu werden gedankt, oder der zu jener Sorte gehört, aus der die Offiziere der kaiserlichen Armee ihre Burschen bezog. Diese Jammerlappen fallen auch auf dieses Affentier noch herein, daß die Gewerkschaftsführer „dem Alten“ „eingeholt“ hätten.

In Wirklichkeit wollten die Gewerkschaftsführer ganz etwas anderes, wenn auch für die Schafe diese Wirkung mit berechnet war. Sie wollten ausdrücklich demonstrieren:

Wir verzichten darauf, auch nur den Anschein zu erwecken, daß wir uns der Niedertrampeln des Proletariats auch nur in der Geste widersetzen. Eine Abstimmung im Parlament könnte ja schon „Schwierigkeiten“ machen, ein einziger Streik könnte die Lawine ins Rollen bringen. Nach dieser Richtung werden wir nichts unternehmen. Aber das birgt „Gefahren“. Die Kommunisten die Not der Arbeiterschaft etwas gelindert werden könnte. Er verzog, daß das Agrarprogramm des Herrn Schiele noch der Vollendung engehangen und daß der Reichspräsident sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für diese Bevormundung der Landwirtschaft einsetzte, eine Bevormundung, die sogar dem Reichsverband der deutschen Industrie zu weit ging. Er verzog, daß das ganze Lebenswerk des Reichspräsidenten, das die ganze Zeit seiner Präsidentschaft dem Ziele galt, die sogenannten Ermöglichtungen der Novemberrevolution abzubauen und gerade die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften von der Mitregierung auszuschließen. Er verzog, daß Hindenburg der Wegbereiter des neuen deutschen Imperialismus, der eifrigste Förderer des Faschismus gewesen war und noch ist.

neuen Zölle, die Steuern, die tausend gemeiner Tricks, den Proleten den letzten Tropfen Blut abzuzapfen und den Agrariern Milliarden in den Rachen zu werfen; das könnte die Regierung Brüning „unpopulär“ machen. Das weiß Brüning selbst sehr genau, und deswegen dürften gerade in der „grünen Woche“ — auch die Gewerkschaften „Forderungen“ stellen. Sie müßten für Brüning zu Hindenburg gehen, um wieder einmal die „Demokratie“ in Deutschland zu Ehren zu bringen. Heute die Agrarier, morgen die Gewerkschaften. Es handelt sich hier um ein Manöver zur Unterstützung der Forderungen der „Industrie“ mit dem demokratischen „Unterthan“, daß „alle Kreise des Volkes“ berücksichtigt werden. Selbst der Kommunistenfresser Heilmuth von Gerlach läßt sich in seiner „Welt am Montag“ vernehmen:

„Die Sprecher der Delegationen, die längst Bekanntes und allseits Gedrucktes über die grauenhafte Arbeitslosigkeit noch einmal mit beschämter Heftigkeit dem alten Herrn vortrugen, sind sich natürlich von vornherein darüber gewesen: daß das Ganze nur eine politische Geste war, ein Schandakt des Reichskanzlers Brüning gegen den übermächtigen Druck der Mächtigen von der grünen Front, die für ihre erdösisch-agrarischen Schutzvöll-Forderungen bedrohliche Einflüsse zu mobilisieren verstanden haben. Es ist begreiflich, daß Herr Brüning mit der großen Geste eines Gewerkschaftsappells bei Hindenburg die Augen der Öffentlichkeit auf die Notlage der Industrie lenken will, die bei den agrarischen Schutzvöll den Schaden zu tragen hat. Aber es ist beinahe selbstverständlich, daß die Industrie mit Macht den Anspruch erhebt, das was hier Brüning den Agrariern abfragt, proftmäßig selbst einzunehmen, und es wäre verfehlt, durch den Besuch der Gewerkschaftsführer bei Hindenburg etwa den Arbeitern und Anwesenden Hoffnung zu machen, daß damit auch für sie viel gewonnen ist.“

Nichts beleuchtet gründlicher die Situation, als die Tatsache, daß unmittelbar nach dem feierlichen Besuch bei dem Reichspräsidenten die Kündigung von 60 000 Arbeitern und Staatsarbeitern bekannt wurde, und daß gleichzeitig der schwerindustrielle Arbeitgeberverband Nordwest neue, verstärkte Lohnabbau ankündigt mit der Drohung rückständiger Massenentlassungen, falls die Gewerkschaften sich dagegen wehren.

Inzwischen hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald am Sonntag im Haushaltsausschuß des Reichstages bekannt, daß die Regierung konsequent Lohnsenkungen auch weiterhin als ein Mittel zur Gesundung der Wirtschaft beifürworten werde. Das sei ein klarer Kurs.“

Es scheint jedoch, daß dieser „klare Kurs“ für große Teile der Arbeiterschaft immer noch nicht klar genug ist. Sonst könnten die Severing und Höring, die Weis und Künstler und Gerlach und das gesamte gewerkschaftlich-parlamentarische Gesocke nicht trotz alledem bis heute das Proletariat abhalten, selbst klaren Kurs zu steuern. Den klaren Kurs auf die Zerrümmung der demokratisch-faschistischen Hungerordnung durch die Aktion der proletarischen Klasse von unten auf!

Imperialismus, der eifrigste Förderer des Faschismus gewesen war und noch ist. Was wollten die Leipart und Genossen bei Hindenburg? Sie wollten ihn bewegen, den Abbau der Sozialversicherung nicht ganz öffentlich, nicht auf einmal erledigen zu lassen. Sie wollten veranlassen, daß er die Lohnabbauoffensive am Stillstand bringt, daß er weiter sich schützend vor das System des Tarifvertrages und des Schlichtungszwanges stellt. Sie haben ihn befähigt, den Übergang der freien Gewerkschaften in faschistische Gewerkschaften zu verzögern. Sie drohten mit der Revolution, dem Bolschewismus. Es würde ihm nicht möglich sein, die Entwicklung zum Chaos aufzuhalten, wenn ihnen

durch diesen geplanten Abbau ihrer Machtpositionen innerhalb des Arbeitsprozesses die Möglichkeit genommen würde, die Massen in der Hand zu behalten. Er klagte bitter über die Unterstützung der Unternehmer durch die Reichsregierung. Er versicherte, daß die Gewerkschaften darauf Rücksicht nehmen, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk vor anderen Völkern vorbelastet ist durch die schweren Reparationslasten. In Ostpreußen und Pommern seien 48 bis 40 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Im Reichsdurchschnitt betrage die Ziffer 34,5 Prozent. Weitere 20 Prozent arbeitslos verkrüppelt, weniger als die Hälfte sei also voll beschäftigt. Nur 1/4 der Arbeitlosen erhalten Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, 1/2 seien ausgesetzt und auf die Krise und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Inmisch warte sogar darauf hinzuweisen, daß das Agrarprogramm der Regierung zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft führen müsse. Da Hindenburg anscheinend für die Not der Erwerbslosen nicht so sachverständig ist wie für die Not der Landwirtschaft, so hatte er die Erwidern der Reichsratsminister Steuerwald überlassen, der sich nicht einmal zu einer Berührung der Gewerkschaften aufraffen wollte. Das einzige Versprechen war, daß er zusage, die bisherige Fassade zu beschleichen. Am dem Kern der Tarifverträge, am dem Kern des Sozialwesens, am dem Kern der Sozialversicherung soll während seiner Amtszeit nicht gerührt werden. Er möchte aber gleichzeitig den Gewerkschaften klar, daß es auf diesen Gebieten noch eine Anzahl Inflationserscheinungen und Ausgeglichtheiten gebe, die selbstverständlich beseitigt werden müssen. Die Sensation seiner Erklärung war die Mitteilung, daß einige Tage vorher die Arbeitgeber verlangt hätten, das staatliche Schlichtungswesen abzubauen. Es war dies eine deutliche Drohung in die Adresse der Gewerkschaften, daß ihre Tage gezählt seien, wenn nicht den Forderungen der Regierung auf weiteren Abbau in den Gebieten der Sozialpolitik zustimmen würden. Es wurde den Gewerkschaften weiter deutlich gesagt, daß die Regierung auf ihrem Agrarprogramm beharrt. Der Erfolg der Unterredung war die offene Erklärung der Regierung, daß sie rest- und rastlos das Programm des Unternehmers auf Liquidierung der bisherigen arbeitsgemeinschaftlichen Politik durchführen werde, verbunden mit der Drohung, daß den Gewerkschaften die letzten Reste ihrer „Mitarbeit“ genommen würden, wenn sie nicht freiwillig auf parlamentarischen Wege ihre Zustimmung geben würden. Erwerbungslos konnte den Gewerkschaften ihre Rolle als Bittsteller, als von der Gnade des Kapitals abhängigen Lakaien nicht vor Augen geführt werden, als durch diesen Lakonismus bei Hindenburg.

Am Anfang der Revokation antworteten die Hindenburg und Genossen bei den Führern der SPD und den Gewerkschaften die Hindenburg. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bei Hindenburg. Sie führen ihn das Elend der deutschen Arbeiterschaft die 5 Millionen Erwerbslosen zu Gemüte. Sie fordern Hilfe von Hindenburg gegen die stürmische Offensive des Kapitals und Hindenburg findet, daß diese Offensive sich noch nicht genügend ausgewirkt hat, daß noch weiter der Lohn der Arbeiterschaft abgebaut werden muß. Damals wie heute tritt er nur für die „Nöte“ des Kapitals ein. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten wagen nicht, ihn daran zu erinnern, daß sie vor 12 Jahren dem Kapital die Macht gerettet haben. Sie wissen, daß Undank der Welt Lohn ist und rümpeln nicht einmal über diesen Undank. Es fehlt ihnen der Mut, vor der Arbeiterschaft zu bekennen, daß sie verantwortlich dafür sind, daß jetzt Hindenburg und nicht die Arbeiterschaft regiert. Ihre einzige Hoffnung ist, daß Hindenburg sich durch den Fußfall der Gewerkschaften erweichen lassen würde. Sie wagen nicht, die Rolle fort, die revolutionären Arbeitermassen statt mit Brot, mit blauen Bolzen zu versorgen. Ihre einzige Tätigkeit besteht in einem Appell an die Regierung, Mitleid mit der Arbeiterschaft zu haben und es nicht zum weiteren Lohnabbau und zur Verschlechterung der Sozialversicherung kommen zu lassen. Bezeichnend dafür ist der Artikel von Aufhäuser, der gleichzeitig im „Vorwärts“ mit der Mitteilung von der Aufzählung der Gewerkschaftsführer bei Hindenburg veröffentlicht ist. Unter der Überschrift „Brennende Arbeiterfragen. Schluß mit dem Lohnabbau“.

## Leo Jogiches

Am 10. März 1919 fiel Leo Jogiches inmitten des Moabiter Gerichts- und Gefängnisgebäudes, niedergestreckt von letzter Mörderhand. „Auf die Flucht erschossen.“ Nach Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fiel Leo dem sozialdemokratischen Meuchelmörder zum Opfer. Der Dritte unter den damaligen Großen des Spartakusbundes, nicht weniger bedeutend, nicht weniger unentbehrlich für die Sache der deutschen Arbeiterklasse, als die beiden. Sie waren nach außen hin stärker in Erscheinung getreten, während Leo, der Organisator, in den Reihen der revolutionären Organisation, stets im Hintergrund stets unter der Oberfläche, aber ebenso unermüdlich für die Sache der proletarischen Revolution kämpfte und arbeitete.

Leo Jogiches, in Wlma in Litauen geboren, wuchs inmitten einer Umkehrung auf, die es dem Schicksal nicht leicht machte, den Anschluß an die Reihen des proletarischen Kampfes zu finden. In seiner Jugend befand sich die Bewegung der revolutionären „Volksämter“, der Narodna Wolja, auf ihrem Höhepunkt. Leo schloß sich dieser Gruppe der sogenannten Volksämter an. Zu der Zeit, da er ins Mannesalter eintrat, begann jedoch die Anziehungskraft der Volksämterbewegung als eine überlebte Form des Freiheitskampfes gegen das zaristische Regime. Während die Narodna Wolja zusammenbrach, bildete sich im Ausland die erste marxistische Gruppe Russlands unter der Führung Plechanows heraus, der in den Jahren 1881 und 1883 seine ersten bahnbrechenden Schriften für den wissenschaftlichen Sozialismus in russischer Sprache veröffentlichte. Leo Jogiches suchte und fand Anschluß an die marxistische Bewegung. Auch er ging ins Ausland, nach der Schweiz, wo er zur „Gruppe Plechanows“ trat.

Eine solche Jugend ist ein Mensch von rastloser Energie, zäher Arbeitkraft, stützte sich, obwohl Russe und der polnischen Sprache zunächst kaum mächtig, auf das besondere Gebiet der jungen polnischen Arbeiterbewegung und schloß sich dem Kreise Rosa Luxemburgs, Karskis und anderer an. Mit ihnen suchte er die Sozialdemokratische Russisch-Polen, zu deren geistigen und organisatorischen Leiter er abhuld wurde. Er lernte die polnische Sprache, die er bald besser beherrschte, als mancher gebürtige Pole, wenn auch

wird zur Begründung der Forderungen der Gewerkschaften ausgeführt: „Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat in den letzten Wochen und Monaten gegenüber dem Scheinradikalismus und Pseudosozialismus ihre große organisierte Kraft zur Erhaltung des parlamentarisch-demokratischen Systems eingesetzt. Ihr ist es mit zu danken, daß die Hiltensolden im Reichsparlament in die Pflicht geschlagen werden konnten. Demokratie und Arbeiterschutz sind aber nicht voneinander zu trennen. Dem erfolgreichen Kampf für die Demokratie muß nun die parlamentarische Aktivität für das Recht und die soziale Betreuung der werktätigen Menschen folgen.“ Es wird also der parlamentarische Betrug fortgesetzt und dafür verlangen die tapferen Kämpen eine Belohnung, während umgekehrt die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eine Belohnung dafür verlangt, daß sie ihnen noch gestattet, innerhalb einer „gewerkschaftlichen“ Demokratie mitzunehmen. Der Handel mit der Wäre Demokratie macht sich für das Kapital außerordentlich gut bezahlt.

Die Aktion der Gewerkschaften erfolgte am Tage nach dem Welterbeitstages der Komintern. Die 3. Internationale hatte zum 25. Februar 1921 den Aufruf der Erwerbslosen der ganzen Welt befohlen. Klügelte es keine Parole zusammengebrochen, als dieser Weltkampflag. Es genigte der Einsatz von ein paar hundert Polizeibeamten, um dem Spuk ein Ende zu bereiten. Es rächte sich hier wie immer die Tatsache, daß die KPD nicht auf Grund der genannten wirtschaftlichen-politischen Situation die Kämpfe der Arbeiterschaft bestimmt, sondern einen beliebigen Tag als Sturmtag herbeiführt, ohne für die Aktion eine klare revolutionäre Linie zu bestimmen. Vielmehr wird eine allgemein verschwommene Linie aufgezeigt, auf Grund deren die Massen friedlich nebeneinander marschieren können, gleichzeitig, ob sie auf dem Boden der SPD, oder der KPD stehen. Jeder denkende Arbeiter weiß von vornherein, daß das Ergebnis des Aufmarsches nur ein Zusammenstoß mit der Polizei ist, ohne daß es zu einer Ausnutzung der Aktion im Sinne des Klassenkampfes kommt. Solche Teilkaktionen müssen immer verpuffen, weil sie lediglich Spekulationen auf die feilschmäßige Einstellung der Arbeiterschaft sind. Die Arbeiterschaft aber will nicht darauf mit neuen Parolen demonstrieren, sondern will eine offene Kampfroute gegenüber dem Kapital. Sie empfindet den dauernden Wechsel in den Parolen nur noch als Betrugsmasche. Sie macht die militärischen Spielereien der KPD, die „Sturmpläne“ nicht mit. Daher kommt es auch, daß die KPD immer wieder feststellen muß, daß bei all ihren Aktionen die praktische und organisatorische Unterlage für das Zusammenarbeiten der Arbeiterschaft fehlt. Die KPD feiert zwar keine Veränderung mit der Schupo, mit dem Reichspräsidenten und der Bräutigamregierung; sie geht aber auch nicht den geraden Weg der Revolution. Sie will die Arbeiterschaft zur Revolution führen, ohne daß die Arbeiterschaft weiß, daß es der Weg der Revolution ist. Diese hinterwärtigen Politik rächt sich bitter durch den Zusammenbruch der Aktion der KPD. Die „sicheren“ Betriebe gehen mit, weil es befohlen ist. Die anderen Betriebe bleiben vollkommen den Aktionen fern, weil sie nicht befragen, aus welchem Grunde die neue Parole befohlen ist, unter der die frühere Aktion zusammengebrochen ist. Es fehlt das Vertrauen, daß es sich hier um eine revolutionäre Stellung handelt, welche den Interessen des deutschen Proletariats entspricht. Der Glaube an die Unfehlbarkeit der russischen bolschewistischen Bürokratie ist verschwunden. Der sogenannte russische sozialistische Aufbau ist nicht da. Die Arbeiterschaft sieht nur Potemkinsche Dörfer und hat das Gefühl, daß ihr auch von der deutschen kommunistischen Partei nur solche Potemkinsche Dörfer geboten werden. Die Arbeiterklasse muß das Vertrauen zu sich selbst gewinnen. Die Erkenntnis ist notwendig, daß das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen ist, in dem Betrieb und auf den Stempelstellen müssen sich die Massen organisieren. Der Betrieb ist die revolutionäre Zelle, der Sprünge für die Entfaltung revolutionärer Tatkraft durch die Massen. Nur so führt der Weg zur kommunistischen Revolution. Ihn wird auch die KPD, nicht adhären können.

## Genossen! Sammelt für den Pressfonds

die polnischen Sozialpatrioten, mit denen er schon damals die heftigsten Kämpfe ausfocht, ihn als „Moskowitzer“ beschimpften. Im Jahre 1898 übersiedelte Jogiches nach Berlin, wo er zum engsten Kampfgefährten Rosa Luxemburgs wurde, deren gesamtes schriftstellerisches Schaffen von ihm Anregung, Bereicherung und Kritik erfuhr. Leo wurde gewissermaßen zum selbstgewählten „Zensor“ aller künftigen Schriften Rosa Luxemburgs.

Als im Jahre 1901 die proletarische Bewegung in Russisch-Polen, die einige Jahre stark gefährdet gewesen war, wieder auflebte, begründete Leo die „Sozialdemokratische Rundschau“, die bis 1905 als kleine, aber vorzügliche marxistische Revue erschien und zum geistigen Zentrum der polnischen Arbeiterbewegung wurde. Beim Beginn der Revolution von 1906 überredete Leo nach Krakau, von wo er oft illegal nach Warschau reiste, bis er schließlich im Sommer 1905 endgültig in Warschau blieb. Dort brachte er die „Warschauer Volkstribüne“ heraus, die eine wichtige Rolle in der Revolution von 1905 spielte. Im März 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht zu organisieren, die ihn zunächst nach Berlin führte. Von dort aus wandte sich Leo zunächst nach Finnland, um dem Kriegsschauplatz der russischen Revolution näher zu sein. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialdemokratie, zu der auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens zählte, wurde 1906 wurde er trotz aller konservativen Vorurteile mit Rosa Luxemburg gemeinsam verhaftet und alsbald zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Es gelang, seine Flucht

# Die Offensive der Stahlkönige

## Gute und schlechte Kapitalisten?

Die Duisburger Hütte ist stillgelegt. Die große Rationalisierungsmaßnahme wird weiter und nicht auch nicht vor einer Duisburger Hütte halt. Die Kapitalisten machen ganze Arbeit und mögen noch so viele Angst haben vor dem kommenden Faschismus, brutaler kann keine Diktatur vorgehen. Die besten Stützen und Wegbereiter sitzen eben in den Reihen derjenigen, die während der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Ruhrarbeiter im besonderen besessen machen und die berichtigten Parolen: „Wir Arbeiter kann uns retten“ und „für jede Tonne Mehrförderung von Kohle ein Pfund Speck“. Wochentag haben die Gewerkschaften gefesselt und verhandelt, um die Stilllegung dieser Hütte zu verhindern, denn sie wissen genau: Je mehr Arbeiter auf der Straße liegen, je weniger Geld fließt in ihre Kassen. Je größer die Zahl der Arbeitslosen, desto mehr werden sich auf die Dauer nicht mit weniger Versprechungen und parlamentarischer Spielerei abgeben lassen. Sie werden rebellieren! Und dann könnte es mal wieder so ein bildliche Revolution geben und die Ruhr dieser bildlichen Revolution wäre dahin. Dann wäre ja ein einmal die „Köpfe rollen“ in nächste Nähe gerückt. Deshalb vorbeugen! Und das haben die Herrn Gewerkschaftsbesitzer recht getan. Alle Achtung! Sie haben wie die Löwen gekämpft. Jawohl! Wer lacht da? Wer daran zweifeln sollte, der kann sich mal die Zeitungen dieser Herren durchlesen, von pazifistischen „Dortmunder General-Anzeiger“ bis zum kleinsten Käseblättchen. Alle strotzen doch nur so von dem Heldentum und der Weisheit dieser Arbeitervertreter!

Aber die schlimmen Kapitalisten? Die haben auch gar kein Einsehen, die wollen nicht nachgeben. Und doch gibt es unter ihnen auch „gute“ Menschen, denen das „Wohl der Arbeiter“ mehr am Herzen liegt, wie manchem Gewerkschaftsbesitzer. Man betrachte sich z. B. mal so einen Bürgermeister von Duisburg, den Herrn Jarres. Hat dieser Mann doch sage und schreibe alles getan, was in seinen Kräften stand, um die Stilllegung abzuwenden. Wieviele schlaflose Nächte mag dieser Mann hinter sich haben? Und weil er sich für Aufrechterhaltung der Betriebe als Zeuge gelehrt hat, wird der Mann nach der gewerkschaftlichen Reizart: „Wir Arbeiter kann uns retten“ werden, deshalb ermitte er jetzt, um die Gewerkschaften zu retten, es ihm sehr über. Sie sind der Meinung, daß die Arbeiterschaft viel geschickter und raffinierter herankommen können, als wie es ein Jarres durch seine dumme Art versucht hat. Aber weshalb hat er denn dieser Jarres das? Ja, im! Doch halt, wir haben es der Mann mal beteiligt sein, der ist Aktionär des Stahlwerks! Denn werden wir mal auf die Bude rücken. Eine famos Sache für uns und eine wunderbare Abwendung von unserem Verrat. Und so finden wir denn in der „Metallarbeiter-Zeitung“, das Organ der „großen Deutschen“, die aufsehenerregende Antrage durchschimmern:

### Ist Herr Jarres am Stahlwerk beteiligt?

Und nun geht's los. Was hat dieser Mann nicht alles verbrochen: Er habe der Belegschaft geraten, den Lohnabzug von einem Fünftel anzunehmen, er habe ein Flugblatt an die Arbeiter geschickt, auch an die, die im Mai bei Phönix entlassen sind, ja, und sogar an solche, die überhaupt noch nie auf der Duisburger Hütte beschäftigt waren. Und dann soll dieser Jarres in dem Flugblatt den Leuten gedroht haben, wenn sie sich weigerten, würde ihnen der Brotkorb noch höher gehängt werden und die weizer solche schöne Sachen mehr. Wie kommt denn dieser Mann dazu? Da muß der Kerl doch dran beteiligt sein. Wieviel Aktien hat da denn eigentlich da drin stecken? Gewiß, hat ab Stahl-

### Aus der Wirtschaft

#### Vor einem neuen Lohnraub in Westdeutschland

Erst wenige Wochen sind seit dem mit Hilfe einer Notverordnung an den Ruhrkumpels bezogenen Lohnraub verstrichen, und schon kündigt eine bedeutende Gruppe des Westdeutschen Industriebezirks, nämlich die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie, einen neuen Angriff auf das Proletariat an. So ging vor kurzem folgende Meldung durch die Presse: „In den letzten Tagen zwischen den Mitgliedern des Arbeiter-Vereins der Gruppe getätigten Verhandlungen über die Besprechung haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Die führenden Werke dieser Gruppe haben beschlossen, unverzüglich den tarifteiligen Gewerkschaften die Notwendigkeit der sofortigen Erhöhung des Lohnes in allen Betrieben auf dem Wege einer freiwilligen Vereinbarung, d. h. unter Ausschaltung des frühestens am 1. September kündbaren Lohnvertrages, vor Augen zu führen, mit der Begründung, daß sonst die wirtschaftliche Lage der Werke nicht möglich sei, und bei Fortbestehen der jetzigen Lohnregelung die Stilllegung weiterer Betriebe unausweichlich wäre.“ Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, hat der Arbeitgeberverband im Falle der Ablehnung derselben die Entlassung von 14-15000 Arbeitern angedroht. Am 27. Februar fanden dann Besprechungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften statt. Hierbei erklärte der Arbeitgeberverband, daß er beschlossen habe, den Rahmenvertrag am 1. März zu kündigen. Dieser Vertrag regelt folgende Fragen: Zuschläge für Sonn- und Feiertage, Ueberarbeit und Urlaub, Hausstands- und Kindergeld, Akkordzuschlag usw. Die weiteren Verhandlungen Metallarbeiter, aufgab, der Schacher um eure Haut soll wieder beginnen. Denkt daran wie schmählich eure Klassen-genossen im Bergbau betrogen wurden. Laßt euch nicht durch das elende Geschwätz der Gewerkschaftsbesitzer belügen. Jahrelang haben sich diese Banditen nicht genug tun können, in Lohnpreissen der Rationalisierung und heute müssen sie selber zugeben, daß sich dies nur zum Schaden des Proletariats auswirkt. Aber schon haben sie auch wieder das Ende des Kolumbus gefunden: Um die Krise in der Hüttenindustrie zu mildern, ist die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit notwendig. Dieser Vorschlag ist sehr gut, daß die einzelnen Gesetzte der Konkurrenz in der kapitalistischen Wirtschaft dieses gar nicht zulassen, sondern eine immer schärfer Ausbeutung des Proletariats fordern. Diese Illusionsforderungen werden nur dann bewirkt, wenn das Proletariat an das kapitalistische System zu ketten. Im gegebenen Moment werden dann die Interessen des Proletariats auf dem Altar der Interessen der Allgemeinheit, hies der Kapitalisten, geopfert und die Arbeiter auf bester Weise betrogen. Bei dem kommenden Konflikt wird auch die RGO, dieser Konkurrenzredner der KPD-Bozzen gegenüber den Gewerkschaften, nicht fehlen. Die Gewerkschaften nun schon die sechsstündige Schicht proponieren, wird die RGO wohl bis auf 4 Stunden herunterstiegen müssen. Hier gibt es sich nicht durch radikal klingende Phrasen verwirren zu lassen. Wie bei der letzten Bewegung der Ruhrkumpels, so wird die RGO, auch bei den Metallarbeitern verschwinden. In Aufhebung illusorischer Forderungen, die Zerreißen der Nabelschnur zwischen Proletariat und Kapitalismus zu verhindern, im Interesse der russischen Staatsnotwendigkeiten, welche gebietet die Verhinderung der proletarischen Revolution in Deutschland verlangen, wird das Proletariat am vollziehen seiner Klassenaufgabe gehindert.

aktien in Ehren! Der Besitz ist doch keine Schande. Aber als Bürgermeister? Wie kann man nur? Das dürfte nicht kommen!

Und die Arbeiter, die diesen Kohl lesen, werden sich sagen: Das ist doch ein Schuft, dieser Kerl! In der Öffentlichkeit markiert dieser Bursche seine väterliche Sorge, um das Wohl seiner ihm anvertrauten Gemeindeglieder und nachher entpuppt er sich als ein ganz gewöhnlicher Kapitalist. Unsere Führer sind doch wirkliche „Genies“, daß sie dieses ausbaldowert haben. — Na, was denn schon? Jarres hat doch nur getan, was alle anderen Kapitalisten auch nicht anders machen. Er vertritt eben korrekt und konsequent seine Klasse. „Der Mann freit bewußte Klassenpolitik, natürlich — für seine Klasse. Wozu die Gewerkschaften „ihre“ Klasse verraten. Den Unterschied festzustellen zwischen Jarres und einem Kapitalisten bleibt natürlich den Gewerkschaften vorbehalten. Vielleicht fragen hierbei die Gewerkschaftsmitglieder: Was geschieht denn mit dem Jarres? Wird er nicht auch kapitalistische Politik treiben? Und was machen die Herren Gewerkschaftsbesitzer denn mit ihrem Gelde? Ihr Genosse, Herr Reichstagspräsident Löbe, hat wohl erklärt, daß er absolut gar nichts hätte außer einer kleinen Beschäftigung mit dem Zinnschlag, aber es sollen doch noch verschiedene andere von diesen „tapferen Männern“ geben, die hier oder da sich eine ganz schöne Stange Geld zusammen „ge-sparr“ haben. Ob diese Arbeiter-Kapitalisten sich die Mühe machen, sich die Gewerkschaften zu erklären, um die nötige Verrechnung zu sorgen? Die Antwort wird den Arbeitern nicht schwer sein. Aber das ganze Geschrei der Gewerkschaften hat noch eine andere Seite. Es ist nämlich durchaus mit der Weltanschauung der Arbeiter-Kapitalisten verbunden, daß sie die nötige Verrechnung sorgen? Die Antwort wird den Arbeitern nicht schwer sein. Aber das ganze Geschrei der Gewerkschaften hat noch eine andere Seite. Es ist nämlich durchaus mit der Weltanschauung der Arbeiter-Kapitalisten verbunden, daß sie die nötige Verrechnung sorgen? Die Antwort wird den Arbeitern nicht schwer sein.

Und deshalb: Und deshalb: Es läuft noch so mancher „durchaus erfahrener, in allen Mitteln gegen die Arbeiterschaft bewanderte“ „Auch-Genosse“ herum. Und 36000 Mark pro Jahr außer einer kleinen Beschäftigung mit dem Zinnschlag, aber es sollen doch noch verschiedene andere von diesen „tapferen Männern“ geben, die hier oder da sich eine ganz schöne Stange Geld zusammen „ge-sparr“ haben. Ob diese Arbeiter-Kapitalisten sich die Mühe machen, sich die Gewerkschaften zu erklären, um die nötige Verrechnung zu sorgen? Die Antwort wird den Arbeitern nicht schwer sein. Aber das ganze Geschrei der Gewerkschaften hat noch eine andere Seite. Es ist nämlich durchaus mit der Weltanschauung der Arbeiter-Kapitalisten verbunden, daß sie die nötige Verrechnung sorgen? Die Antwort wird den Arbeitern nicht schwer sein.

Erst wenn das Proletariat begreift, daß der Kapitalismus unfähig ist das Leben der Arbeiterschaft zu garantieren und ein immer tieferes Versinken im Elend bedingt, erst dann wird es auch verstehen gegenüber den Angriffen der Ausbeuterklasse, selbst zum Angriff überzugehen. Zu diesem entscheidenden Kampf gibt aber die organisatorische Voraussetzung zu schaffen. Auf der Tagesordnung steht der Zusammenbruch der Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen ohne Unterschied des Berufes. Nur so kann die eiserne Front geschmiedet werden, welche notwendig ist zur Lösung der Klassenaufgabe des Proletariats: der Vernichtung des ganzen Ausbeutungsapparates. Es kann und darf heute nur noch eine Parole geben:

**Gewerkschaftsbesitzer der Betriebe! Bewaffnet! Aufstand! Erringung der politischen Macht!**

Dann wird wie der Phönix aus seiner Asche, aus dem faulenden sinkenden Morast des kapitalistischen Blutsaugersystems die neue Ordnung der kommunistischen Bedarfswirtschaft emporsteigen.

### Trosolskigkeit ist weiter Trumpf

Sagt das Institut für Konjunkturforschung.

In einem seiner letzten Wochenberichte hält das Institut für Konjunkturforschung einen Ausblick über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in den kommenden Monaten und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Die Wirtschaft steht gegenwärtig an ihrem saisonmäßigen Tiefpunkt. In den kommenden Wochen und Monaten wird die übliche Frühjahrsbelebung eine gewisse Erleichterung verschaffen. Dabei wird jedoch der Vorjahresanstieg der Geschäftstätigkeit bei weitem nicht erreicht werden können, da die Arbeitslosigkeit weitestgehend höher bleiben als im Frühjahr 1930. Der Inlandmarkt steht noch immer unter starkem Druck. Die Außenmarkt-Situation der Auslandsindustrie dürfte aber massenweise als schwierig eingeschätzt werden können. Die jüngsten Kurssteigerungen am Aktienmarkt sind, gemessen an den vorangegangenen Kurssteigerungen, noch gering.

Die Arbeitslosigkeit hält sich gegenwärtig auf ihrem saisonmäßigen Höhepunkt. Sicher ist aber, daß auch bis in die letzten Monate hinein die konjunkturelle Arbeitslosigkeit nicht unerheblich zunehmen hat. Anzeichen für eine wesentliche konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt, die eine mehr als saisonmäßige Besserung in den kommenden Monaten zur Folge hätte, sind bis jetzt noch nicht festzustellen.

### Die Entlassungslinien rast überall

In der Polnisch-Oberschlesischen Industrie gehen die Entlassungslinien rasch auf Schloß. Neue Arbeiterentlassungen werden aus dem Kohlenbezirk Polens reichlich gemeldet. Zahlreiche große Gruben, darunter der Donnersmark-Konzern, haben umfangreiche Entlassungen beantragt. Teilweise beabsichtigen die Werke, die Hälfte ihrer Belegschaft zu entlassen. Insgesamt werden mehrere tausend Arbeiter von den Maßnahmen betroffen. Die Pleitenben sind u. a. die Schließung der Grube Alexander I. Dadurch wurden weitere 1000 Arbeiter arbeitslos. Die Donnersmark-Konzern in Hirschberg wird die Rohrzuckerfabrik stilllegen und 260 Arbeiter entlassen.

Am Oberhausen wird gemeldet, die Gute Hoffmannshütte teilt mit, daß sie zu Beginn ist, am 31. März folgende Betriebe stillzulegen: Die Zeche Oberhausen einschließlich Brückfabrik, die

Zeche Hugo-Sterkrade, die Kokerei der Zeche Sterkrade und die Kokerei der Zeche Jakob.

In den zur Stilllegung kommenden Betrieben werden zur Zeit beschäftigt: Zeche Oberhausen 1090, Zeche Hugo 987, Kokerei der Zeche Sterkrade 127, Kokerei der Zeche Jakob 117 Arbeiter. Außerdem werden von der Stilllegung noch 140 Anstellte betroffen.

Die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. hat die Verwaltung ihrer Zeche Monopol beauftragt, die Entlassung von 250 Bergleuten der Schächte Grille und Grimberg zum 31. März zu fordern. Die vereinigten Stahlwerke wollen auf der Schachtanlage Nordstern I und II 116 Bergarbeiter entlassen.

### Die Autoindustrie Auf dem Marsch ins Nichts.

Die große Bewegung vom Pferd zum Auto, die in der Nachkriegszeit so scharf einsetzte, hat sich seit 1928 sichtbar verlangsamt. Im Verkehr ist sie fast zum Stillstand gekommen. Die Zunahme von Kraftfahrzeugen (Personen- und Lastwagen, Automobile, Motorräder usw.) betrug von 1928 bis 1929 noch 30 Prozent, von 1929 auf 1930 aber nur noch 17 Prozent. Nach den Berichten des Instituts für Konjunkturforschung betrug 1929 der Wert aller hergestellten Kraftfahrzeuge 990 Millionen Mark, 1930 nur 600 Mill. Mk., von denen noch genau der vierte Teil durch ausländische Montagewerke aus ausländischen Materialien in Deutschland hergestellt wurde, 1929 entfielen auf den Lokomobile 225 Mill. Mk., 1930 nur 125 Mill. Mk.

Was dieser Produktionsrückgang für die Zukunft bedeutet, kann man an dem Bestand der Kraftfahrzeuge Deutschlands ermesen.

	Bestand am 1. Juli 1929	1930	Zunahme in Proz.
Kraftfahrzeuge	608 000	731 000	20
Personenwagen	423 000	499 000	15
Kraftomobile	11 000	12 000	9
Last- und Lieferwagen	144 000	157 000	9
Sonstige	29 000	30 000	4
	1 214 000	1 419 000	17

Trotz des wertmäßigen Produktionsrückganges, rund 40 Prozent in einem Jahre, ist der Bestand um 205 000 Stück gestiegen. Dieses Mißverhältnis muß sich künftig notwendig schnell steigern, denn die scharfe Konkurrenz auf dem Kraftfahrzeugmarkt zwingt zu einer zunehmenden Stabilität der Bauart und mithin zu einer längeren Lebensdauer der Fahrzeuge. Wenn bei dem eingeschlagenen Tempo der Stück-Zunahme trotzdem weniger produziert wird, ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Industrie nur für den Ausfall Ersatz herstellen wird. Dazu wird ein Drittel der heutigen Produktion mehr als hinreichend sein.

Für die Gesamtwirtschaft ist das von ungewisser Bedeutung. Von der Kraftfahrzeugindustrie hängt mehr ab, als die in ihr direkt beschäftigten 100 000 Arbeiter. Im Jahre 1930 verbrauchte sie für 350 Millionen Mark Rohstoffe (gegen 625 Millionen Mark 1929). 1928 verbrauchte die Industrie nicht weniger als 214 000 Stahl und Eisen. Am 1. Juli 1930 entfiel auf 45 Einwohner ein Kraftfahrzeug; ein Personenauto aber erst auf 129 Einwohner. So geringfügig wie die Zahl der Kraftfahrzeuge im Verhältnis der Einwohner ist, so zeigen die Ziffern doch, daß an eine stärkere Verbreitung wohl kaum zu denken ist. Die Umstellung der deutschen Industrie auf kleinere, leichtere und billigere Modelle in ihrer Wandelung schon längst am Ende ist, wird das Verhältnis wohl kaum nennenswert beeinflussen.

Die Kraftfahrzeugindustrie, die schon 1928 bei dem Höchststand ihrer Produktion lange nicht voll beschäftigt war, hat den größeren Teil ihrer Anlagen still liegen bzw. in Leerlauf mangelnd beschäftigt. Eine stärkere Zusammenlegung der Werke und Stilllegung bzw. Einschränkung der ganzen nicht benötigten Anlagen würde bisher verhindert durch die sich gegenseitig bekämpfenden Großbanken. Bei diesen selbst geht aber eine schnelle Konzentration vor sich. Da die Erhebungen des Instituts für Konjunkturforschung und die der Prozentenverbände zu der eben besprochenen Berliner Automobilindustrie Lage Aussicht auf eine Marktbesetzung nehmen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die überflüssigen Fabriken verschwinden werden. Das Proletariat muß sich rüsten auf eine weitere Zuspitzung der Wirtschaftskrise.

### Organisatorische Mitteilungen

- Rheinland-Westfalen.**  
Am 22. März 1931 findet eine kombinierte Bezirkskonferenz der Kommunistischen Arbeiter-Partei und der Allg. Arbeiter-Union statt, mit folgender Tagesordnung:  
1. Politische Lage,  
2. Organisatorisches,  
a) Geschäfts- und Kassenbericht,  
b) Berichte aus den Ortsgruppen,  
c) Presse (Anträge),  
3. Verschiedenes.
- In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß alle Gruppen vertreten sind. Ort, Lokal und Zeit wird noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.
- Bezirksleitung der Komm. Arbeiter-Partei, Rheinl.-Westf. Bezirksarbeitsausschuß der Allg. Arbeiter-Union, Rheinl.-Westf.**
- Ortsgruppe Bonn.**  
Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gae. Förderer, Dooberstr. 5.  
Spendensammlung und KAZ-Leser haben Zutritt.  
Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.
- Eingänge für den Briefkasten**  
Im Monat Februar:  
Oschka-Halle, 380 Mk., 17. Bez. auf Liste 121 1,50 Mk., Krüger-Berlin 1, — Mk., Kasse-Neukölln 2, — Mk., H. Müller-Nachrodt 4, — Mk., O. F. Wriszen 1, — Mk., A. F. Bromen 1, — Mk., Ungenannt Berlin 2,50 Mk., 17. Bez. AAU, 16, — Mk.
- Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Dietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isenhardt, Berlin O 17.

12. Jahrg. Nr. 11

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisations der Partei, oder die Post- und Telegraphenverwaltung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 15.  
Telefon: Oberbaum P 8 7832.

Berlin, 14. März 1931

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, N. 828 42.  
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 15.

Preis 15 Pf.  
Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.  
Inserate werden nicht aufgenommen.

## Roggen irrt Proleten

Die neue Zollpolitik des Kabinetts Brüning hat ihre Früchte für die Großagrarien bereits getragen. In den letzten Tagen sind die Getreidepreise sprunghaft in die Höhe gegangen, so daß trotz des allgemeinen Rückganges auf dem Weltmarkt sich die deutschen Großagrarien Preise für ihr Getreide bezahlen lassen, die das Dreifache des Weltmarktpreises ausmachen. Der Weizen ist durch einen Einfuhrzoll von 250 Mark geschützt. Der Vermarktungszwang sichert dem inländischen Weizen den Absatz. Durch diese Preissteigerungen wurden die Mehlpreise weiter erhöht, so daß auch mit einer Erhöhung der Brotpreise zu rechnen ist. Das Ergebnis der Agrarpolitik ist also eine Brotpreiserhöhung. So sieht in der Praxis die Preisabbaupolitik der Brüning-Regierung aus. Die Erhöhung der Getreidepreise genügt aber keineswegs der Erhaltung der zollpolitischen Tätigkeit, auf das Gebiet der Vieh- und Veredelungswirtschaft auszugehen. Neben den Großagrarien soll auch jetzt der bäuerlichen Bevölkerung geholfen werden. Aus diesem Grunde verlangt die Regierung vom Reichstag freie Ermächtigung für das gesamte Zollgebiet, „um schnell und elastisch die jeweils notwendigen Bestimmungen der eigenen Wirtschaft gegenüber dem Weltmarkt vornehmen zu können.“ Diese Ermächtigung ist auch der Regierung von Reichstag gegeben worden und zwar mit Zustimmung der Sozialdemokratie, so daß es jetzt das Brüningkabinet vollkommen in der Hand hat, die Zölle nach ihrem Belieben zu erhöhen. Diese Forderungen der Landwirtschaft haben sogar den schärfsten Protest des Industriekapitals zur Folge gehabt. Wenn trotzdem das Industriekapital seine Zustimmung zu diesen für es selbst außerordentlich gefährlichen Zöllen gegeben hat, so geschah dies lediglich aus imperialistischen Gründen. Es wurde ihm klar gemacht, daß der Sinn der Zölle für die Behebung der Krise der Landwirtschaft darin liege, eine Selbstgenügsamkeit (Autarkie) der deutschen Wirtschaft herbeizuführen, um sie vom Ausland in bezug auf die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten unabhängig zu machen. Dadurch komme man auch in die Lage, gegenüber den Reparationsforderungen eine stärkere Position zu haben und so die nationale Befreiung durchführen zu können. Gegenüber dieser Frage der nationalen Befreiung müßten alle wirtschaftlichen Interessen in den Hintergrund treten. Die Erreichung dieses imperialistischen Zieles war nicht der einzige Grund für die Nachgiebigkeit des Industriekapitals. Viel entscheidender war die Drohung mit der Bauernrevolution, die infolge der wachsenden Opposition im Reichsland und der Unterstützung dieser Opposition durch die deutschnationale Partei und die Nationalsozialisten einen besonders bedrohlichen Charakter für die Regierung annahm. Schiele hat in seiner Rede ganz klar diesen Gedanken durch die Worte zum Ausdruck gebracht:

„Ich verstehe die schwarzen Fahnen der Verzweiflung und Empörung als schwere Krankheits-symptome der um das Leben ringenden Landwirtschaft. Ich kenne auch die Gefahren, die die Ordnung im Staate und letztendlich unsere Stabilität bedrohen, wenn sich der Bauer im Lande gegen ihn erhebt.“

Diese offene Drohung von Regierungseite mit der Bauernrevolution ist unverständlich. Das Kapital fürchtet die Bauern mehr als die Arbeiterschaft. Es hat keine Angst vor der Revolution der Industriearbeiter. Es weiß, daß die Sozialdemokratie den linken Flügel des Faschismus bildet und bereit ist, die Arbeiterschaft mit dem „Gummiknüppel und noch härteren Waffen“ niederzuhalten. Gegenüber der Landwirtschaft versagt die Sozialdemokratie und die Reichswehr, weil sich gerade aus der Landwirtschaft diese Garde des Kapitals rekrutiert. Die schwarzen Fahnen bedeuten auch die Sperrung der Versorgung der Großstädte. Eine Umstellung durch Import von landwirtschaftlichen Produkten kann nicht von heute auf morgen geschehen. Infolge-

dessen besteht dadurch auch eine Gefahr der Revolutionierung der Großstädte und zwar sowohl der rechts- als auch der linksradikal eingestellten Teile der Bevölkerung. Der Auszug der deutschnationalen und der Nationalsozialisten aus dem Reichstag war das Signal zu einer verstärkten Radikalisierung des Reichslandsbundes. Ganz offen erklärt man von deutschnationaler Seite, daß die jetzigen Konzeptionen in keiner Weise genügen, daß die Nichtbewilligung der Forderungen des Reichslandsbundes auf einem der Rückzug vor der Sozialdemokratie beruhe und daß nur auf außerparlamentarischem Wege das Ziel der Existenzsicherung der Landwirtschaft erreicht werden könne. Bei dieser Haltung ist die deutschnationale Partei verblieben, trotzdem Hindenburg selbst an sie den Appell zur Rückkehr in den Reichstag und damit verstärkten Radikalisierung der Reichslandsbundes gestellt werden konnte. Bei dieser Haltung ist die deutschnationale Partei verblieben, trotzdem Hindenburg selbst an sie den Appell zur Rückkehr in den Reichstag und damit verstärkten Radikalisierung der Reichslandsbundes gestellt werden konnte. Bei dieser Haltung ist die deutschnationale Partei verblieben, trotzdem Hindenburg selbst an sie den Appell zur Rückkehr in den Reichstag und damit verstärkten Radikalisierung der Reichslandsbundes gestellt werden konnte.

Die Steigerung des Preises für die wichtigsten Massenbedarfsartikel bei gleichzeitiger Fortsetzung der Lohnkürzungen ist die notwendige Politik des deutschen Kapitales, weil die besondere Zollvergünstigung der Landwirtschaft dazu führen muß, daß auch eine Erhöhung der Industriellöhne erfolgt. Die erhöhten Kosten der Lebenshaltung bedeuten praktisch ein Sinken der Kaufkraft der breiten Massen für Industrieprodukte. Wenn das deutsche Kapital seine Kartellpreise halten will, so muß es auf Erhöhung der Industriellöhne bestehen, um auf diese Weise die Auslandskonkurrenz einzuschränken. Dazu kommt noch, daß die Erhöhung der Agrarzölle die Wirkung eines Rückganges des Exportes an Industrieprodukten zu haben pflegt. Die zollpolitische Vergünstigung für Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, der Abnehmer von Industrieprodukten, Selbst die Sozialdemokratie muß diesen Zusammenhang zwischen den erhöhten Industriellöhnen, den erhöhten Getreidepreisen und den jetzt zustandekommenden höheren Zöllen auf Veredelungsprodukten, die Sie bemüht sich, den Bauern den Nachweis dafür zu erbringen, daß ihnen eine Preiserhöhung für ihre Veredelungsprodukte keine Hilfe bringen kann, weil in Notzeiten gerade der Konsum an diesen Produkten gegenüber dem Konsum an Getreide weit mehr eingeschränkt zu werden pflegt, und schlägt deshalb eine Einheitsfront zwischen Arbeiter und Bauer als die beste Lösung vor, des Handelskapitals.

Während das Kapital sich hauptsächlich mit der „Not der Landwirtschaft“ beschäftigt und zur Linderung dieser Not hunderte von Millionen bewilligt, baut es auf der anderen Seite hunderte von Millionen ab, um die Not der Erwerbslosen zu steigern und sie so als willfährige Reservearmee zur weiteren Lohnrückgang zu benutzen. Man berechne, daß die Zunahme der Erwerbslosigkeit gegenüber 1928 im Durchschnitt des Jahres 1930 100 Prozent betragen hat. Man stellt fest, daß 1928 die Ueber-schreitung der 26 Wochen versicherungsmäßiger Unter-schreitung eine Ausnahme gewesen ist, während sie jetzt die Regel bildet. Die Erwerbslosen frieren ein. Der Lohn im Jahresdurchschnitt mindestens 3 Millionen Erwerbs-losen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und 1,75 Millionen Arbeitslosenunterstützungsempfänger. Die Gesamtlast wird auf 3,3 Millionen berechnet. Dieser Betrag wird für ein schweres Konjunkturstiegshemmnis gehalten, das unbedingt beseitigt werden muß. Es lohne

## Vom Bürgerkrieg zum Bürgerkrieg

1871 — 1931.

Motto:  
Wir können Euch zu Ehr- und Ziel  
Mit Blumen nicht beweißen,  
Doch können wir und wollen wir  
Die Schwerter für Euch schärfen.

Die Geschichtsbücher sind ein Werkzeug der sozialen Unterdrückung. Derselben Zweck dienen die Lügen und Verleumdungen über die heroischen Versuche der Unterdrückten, das Joch der Unterdrückung abzuwerfen. Diese blutigen Episoden aus der Geschichte der Klassenkämpfe müssen zu Lehrmeister des Proletariats werden, damit es seine heutige Generallösungsstrategie mit dem Kapital siegreich bestehen kann. Groß und ehrwürdig steht das Leben und Sterben der Pariser Kommune vor der Arbeiterklasse.

Wie die Oktoberrevolution 1917 und die Novemberrevolution 1918 wurde die Kommune geboren aus dem militärischen Zusammenbruch der herrschenden Gewalten auf den Schlachtfeldern. Aber der militärische Zusammenbruch offenbarte, je später um so mehr, doch nur den Zusammenbruch des herrschenden ökonomischen Systems.

Nach der Juni-Revolution der Pariser Arbeiterklasse 1848, benutzte der politische Hochverrat Napoleon III, die Uneinigkeit der Bourgeoisie, um sich zum Diktator von Frankreich aufzuschwingen. Zur Festigung seiner Herrschaft kultivierte der Despoten die Art von Faschismus. Die industrielle Entwicklung Frankreichs, von dem engbrüstigen System Louis Philippe befreit, eilte mit Riesenschritten vorwärts. Gleichzeitig mit der Industrialisierung wuchs die Tier nach Profit und ein wisses Spekulationsfieber. Eine korrupte Clique politischer und finanzieller Abenteuerer plünderte ganz Frankreich aus. Mit den wachsenden Profiten vertiefte sich die Klassengegensätze. Streiks und offene Aufstände der Gewerkschaften sind an der Tagesordnung. Alle Mittel, Geld, List und Betrug werden angewandt, um die revolutionäre Arbeiterbewegung niederzuschlagen.

Aber das zweite Kaiserreich, das war der Appell an den französischen Charvinismus. Mit Grenzerweiterungen und Kriegen suchte es seinen wachsenden Tron zu stützen. Diese Politik verfiel sich in die eigenen Fußstapfen und so kam es zum Kriege 1871. Bei Sedan stürzte am 2. September das monarchistische Gebäude zusammen und am 4. September proklamierte die Pariser Revolution die Republik. Genau wie 1918 in Deutschland, drängten sich allerlei zweideutige und zweifelhafte Elemente bei der Geburt um ihre Wiege.

Eine Clique von Verbrechern, mit allen Wassern parlamentarischer Intrigen gewaschen, eine Meute hungriger Postenmacher machte sich die Regierung der nationalen Verteidigung auf. An ihrer Spitze der meißelnde Thiers und der Erbschleicher Fauché. Hinter der nationalen Verteidigung versteckte sich aber die blasser Furcht vor den bewaffneten Arbeitern und die heimliche Konspiration mit den Feinden.

Im Januar 1871 kapitulierte Paris mit allen Ehren. Ein kleiner Teil der Stadt wurde von den Preußen besetzt. Die reguläre Armee, Linientruppe und Mobilgarde, galten als Gefangene und mußten die Waffen abgeben. Die aus dem Volke geschaffenen Nationalgardien behielten ihre Kanonen und die Waffen.

Die Regierung der Thiers und Konsorten war in erster Linie eine Bourgeoisregierung. Mit heimlicher Angst blickte sie auf das bewaffnete Proletariat. Das sich seine Waffen nicht, wie das Proletariat in der Novemberrevolution, von der sozialdemokratischen Regierung abschwatzen ließ. Paris bewaffnet, das bedeutete aber die soziale Revolution bewaffnet.

Wie ein Dieb in der Nacht versuchte die Bourgeoisregierung am Morgen des 18. März, den Nationalgardien ihre 250 Kanonen zu stehlen. Die Franzosen fallen den Soldaten in den Arm und alarmieren die Arbeiter. Als Antwort auf den Stich donnert sich nicht diesen Preis zu zahlen, um die Tariflöhne aufrecht zu erhalten. Man will Marktlöhne.

Dieses Ziel wird jetzt mit aller Gewalt verwirklicht. Rücksichtslos werden die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe getrieben und die Arbeitslöhne gesenkt. Der Roggen irrt die Menschen und die Menschen essen nicht den Roggen.